

Anfrage

des Abgeordneten Mag. Helmut Hofer-Gruber an Landeshauptfrau Mag.^a Johanna Mikl-Leitner gemäß § 39 Abs. 2 LGO 2001

betreffend: Symbolpolitik oder Sicherheitsstrategie? – Fragen zur Beobachtungsstelle Politischer Islam

Bei einer Pressekonferenz am 30. Jänner 2025 haben Sie gemeinsam mit Ihrem Stellvertreter, Herrn Udo Landbauer, einen sogenannten „Aktionsplan gegen radikalen Islam“ präsentiert. Dieser Aktionsplan sieht unter anderem die Einrichtung einer „Beobachtungsstelle Politischer Islam in Niederösterreich“ vor. Diese Einrichtung wurde öffentlichkeitswirksam angekündigt und als zentrale Maßnahme zur Bekämpfung radikalislamischer Strömungen im Bundesland Niederösterreich dargestellt.

In der Begründung zum Antrag mit der Landtagszahl 679 (<https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-679>) wird diese Maßnahme zwar erneut erwähnt, jedoch finden sich weder im Antragstenor noch im vorgelegten Gesetzesentwurf konkrete Angaben zur rechtlichen Ausgestaltung, zur organisatorischen Struktur oder zu den Aufgabenbereichen der genannten Einrichtung. Auch die personelle Zusammensetzung sowie mögliche Kooperationsstrukturen mit bereits bestehenden Institutionen auf Bundes- oder Landesebene bleiben unklar.

Angesichts der weitreichenden sicherheits- und integrationspolitischen Bedeutung der angekündigten Maßnahme sowie ihrer potenziellen Auswirkung auf Grundrechte und gesellschaftliche Integration besteht ein erhebliches öffentliches Interesse an mehr Transparenz hinsichtlich der geplanten Umsetzung.

Anfrage

1. Auf welcher gesetzlichen Grundlage beruht die „Beobachtungsstelle Politischer Islam in Niederösterreich“?
2. Wer wird diesem Gremium angehören, und nach welchen Kriterien werden dessen Mitglieder ernannt?
3. Ist eine Zusammenarbeit dieser Stelle mit bestehenden Einrichtungen in Österreich vorgesehen, die sich mit der Beobachtung und Dokumentation radikaler Tendenzen befassen (etwa dem "Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands", der in Wien etablierten "Dokumentationsstelle Politischer Islam" oder dem vom BMI koordinierten "Bundesweiten Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung")?
4. Erwarten Sie sich durch die Beobachtung und Dokumentation radikaler Strömungen konkrete Fortschritte bei der Integration von Zuwanderern in unsere Gesellschaft?
 - a) Wenn ja, warum?

Bitte um vollständige Beantwortung aller Fragen entlang der Punktation.